

AUS DEN GEMEINDEN

Mauren offeriert vier «Tageskarten Gemeinde»

MAUREN – Gute Nachricht für die Einwohnerschaft von Mauren-Schaanwald: Der Gemeinderat hat am 9. November beschlossen, das bisherige Angebot von zwei «Tageskarten Gemeinde» ab Jahresbeginn 2006 auf vier Karten zu erhöhen. «Der Gemeinderat trägt damit der erfreulich grossen Nachfrage nach solchen Karten aus der Bevölkerung Rechnung», heisst es in einer Internet-Mitteilung der Gemeinde vom Freitag.

Als Beitrag zur Förderung der Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln bietet die Gemeinde Mauren ihren Einwohnerinnen und Einwohnern bereits seit Anfang 2003 täglich zwei «Tageskarten Gemeinde» (ehemals «Flexicards») der Schweizerischen Bundesbahn an. Die Tageskarte wird zum Preis von 30 Franken ausgegeben und gilt für alle Linien der SBB und der Postautos (Liechtenstein und Schweiz), ferner auch für viele Bergbahnen und Schiffsverbindungen in der Schweiz. Der Mitteilung zufolge liegt die Auslastung der Tageskarten im bisherigen Jahr 2005 bei über 90 Prozent. Zudem werde die Verwaltung laufend mit zusätzlichen Anfragen konfrontiert. Aufgrund dieser grossen Nachfrage beschloss der Gemeinderat am letzten Mittwoch nun einstimmig, das Angebot mit Beginn des Jahres 2006 auf vier Karten auszudehnen. Dazu wurde ein Verpflichtungskredit von 17 000 Franken für 2006 genehmigt. Eine Auswertung solle dann zeigen, inwieweit von diesem Zusatzangebot Gebrauch gemacht wurde und ob es auch für die Folgejahre beibehalten wird.

Bezugsberechtigt sind in erster Linie Personen, die in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben. Sie können ihre Karten schon bis 3 Monate im Voraus reservieren. Auswärtige Personen können eine Reservation frühestens 1 Woche vor dem gewünschten Termin vornehmen. Die Karten können auch direkt über die Gemeinde-Homepage (www.mauren.li) gebucht werden. (pk)

Alle GR-Protokolle unter www.VOLKSBLATT.li

FORUM

Eine Mitteilung der Schaaner FBP-Fraktion

Ein Nebensatz in der Berichterstattung des Volksblattes über die Ortsgruppenversammlung der FBP vom 8. November ist der Schaaner VU eine Entgegnung mit seitenbreiter Schlagzeile im Vaterland wert. Das ist völlig unverständlich. Warum diese Überreaktion? Die Fraktion der FBP hat in der Gemeinderatssitzung vom 13. April einen Antrag gestellt. Das war unser gutes Recht. Wir waren und sind der Überzeugung, dass mit der Jurierung des Architekturwettbewerbes die wesentlichsten Weichen für den Dorfsaal gestellt werden und dass die späteren Hauptnutzer, die Vereine, bereits in dieser wichtigen Phase in die Entscheidung miteinbezogen werden sollten. Dass die Mehrheit im Gemeinderat dies ablehnte, ist Fakt und kann im Protokoll nachgelesen werden. Das hat mit Halbwahrheit nichts zu tun.

Im Übrigen ist es auch das gute Recht der FBP, bei den nächsten Gemeinderatswahlen den Erfolg anzustreben. Die FBP zeigt sich im Gemeinderat als sehr kooperativ und stellt überhaupt nicht in Frage, dass in letzter Zeit etliche Projekte erfolgreich abgeschlossen oder weitergeführt wurden. Als Beispiele mögen die Renovation der Pfarrkirche, das neue Betagtenwohnheim und Sozialzentrum St. Laurentius, die neu gestaltete Fürst-Johannes-Strasse, die erfolgreiche Aktion Dorfbildverschönerung oder der geplante Dorfsaal gelten. All diese visionären Projekte haben eine Gemeinsamkeit. Sie alle gehen auf Beschlüsse zurück, die im Gemeinderat noch zu Zeiten der FBP-Mehrheit gefällt wurden. Dass die Dynamik bezüglich neuer Projekte in den letzten drei Jahren doch merklich nachgelassen hat, mag die Nervosität der VU wenigstens zum Teil erklären.

FBP-Fraktion im Gemeinderat Schaan

Krankenkassenprämien erneut unverändert

Prämien für Grundversicherung in Liechtenstein auch 2006 stabil

VADUZ – Die Prämien für die obligatorische Krankenversicherung werden um durchschnittlich 0,3 Prozent steigen. Damit weist Liechtenstein nach dem positiven Ergebnis vom vergangenen Jahr erneut eine deutlich bessere Entwicklung als die Schweiz auf, die für 2006 eine Steigerung von 5,6 Prozent zu verzeichnen hat.

• Peter Kündli

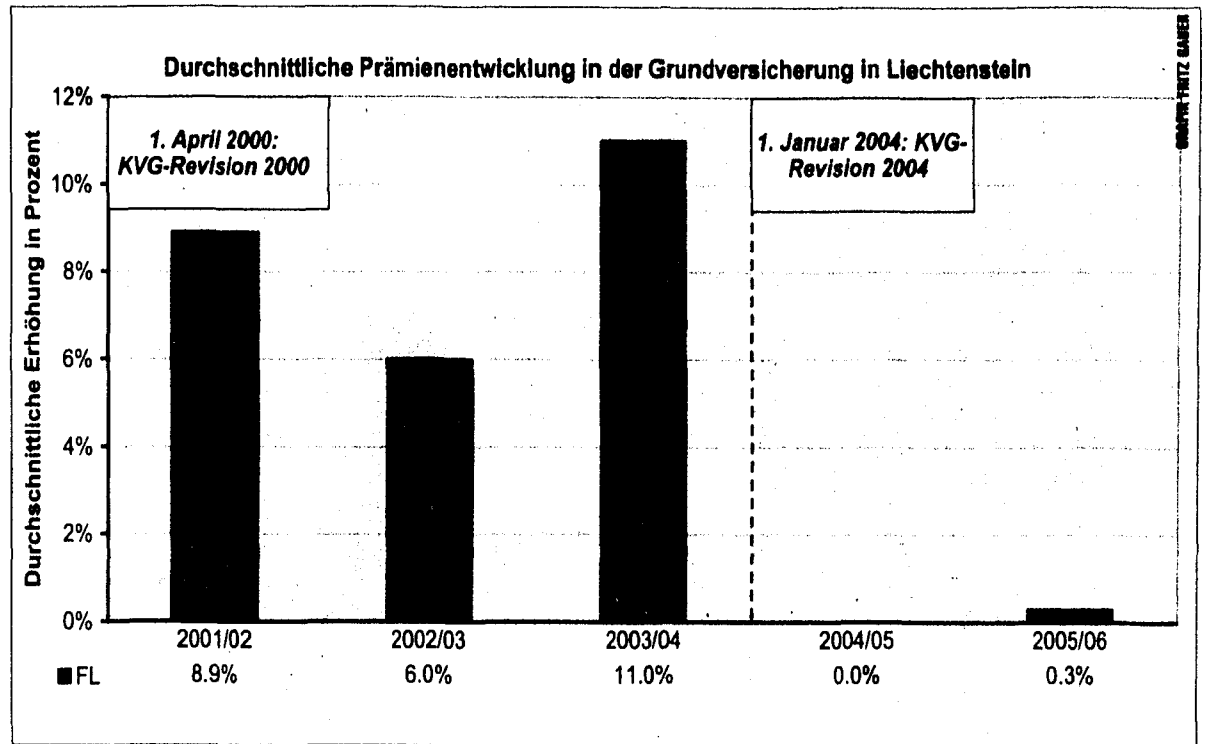
Dennoch sind auch in Liechtenstein weitere Reformschritte notwendig, um künftigen Prämiensteigerungen entgegenzuwirken: «Verschiedene Faktoren haben zu dieser für die Versicherten äusserst erfreulichen Entwicklung beigetragen. Einerseits haben die gesetzlichen Reserven der Krankenkassen sowie vermehrte Kostenkontrolle diese Entwicklung ermöglicht. Andererseits zeigt die jüngste Entwicklung aber auch auf, dass die Anfang 2004 begonnene Gesundheitsreform in die richtige Richtung weist», erklärte Regierungsrat und Gesundheitsminister Martin Meyer auf Anfrage.

Positive Entwicklung seit 2004

Im Gegensatz zu den beiden jüngsten Prämienrunden stieg die durchschnittliche Prämie für die Grundversicherung in Liechtenstein in den Jahren zuvor um bis zu 11 Prozent. Seit In-Kraft-Treten des neuen Krankenversicherungsgesetzes Anfang 2004 ist in beiden bisherigen Prämienrunden insgesamt lediglich eine Steigerung von total 0,3 Prozent zu verzeichnen. Im selben Zeitraum stiegen die entsprechenden Prämien in der Schweiz um 9,3 Prozent.

Reserven, Kontrolle und Reform

In der gestrigen Pressemitteilung des Amtes für Volkswirtschaft werden im Wesentlichen drei Faktoren für diese erfreuliche Prämienentwicklung in Liechtenstein genannt. Erstens haben die Kassen die ange-



In früheren Jahren zeigten sich deutliche Ausschläge in der Prämienentwicklung bei der Grundversicherung. Stabilisierung trat mit der Gesundheitsreform im Jahr 2004 ein.

häuft Reserven respektive Rückstellungen genutzt, um Kostensteigerungen zu kompensieren. Zweitens zeigt eine vermehrte Kostenkontrolle entsprechend dem gesetzlichen Auftrag Wirkung. Drittens kommen auch die verschiedenen Massnahmen der Gesundheitsreform seit Anfang 2004 zum Tragen. Insbesondere die verstärkte Eigenverantwortung unter anderem in Form der erhöhten Kostenbeteiligung wird hier gemäss Presseauswertung angeführt.

Tarmed und andere Massnahmen notwendig

Trotz der erfreulichen Prämienentwicklung für das Jahr 2006 in Liechtenstein weist Gesundheitsminister Martin Meyer darauf hin, dass für die nächsten Jahre hingegen mit höheren Prämiensteigerungen zu rechnen ist, wenn keine weiteren Reformschritte unternommen werden. «Die Regierung wird Schritt für Schritt die nächsten Massnahmen der Reform umsetzen, sodass in Liechtenstein auch

künftig eine erstklassige und dabei finanzierbare medizinische Versorgung gewährleistet werden kann. Ohne weitere Reformschritte sind Prämiensteigerungen mittelfristig nämlich unvermeidlich. Daher werden wir im Interesse der Versicherten schon bald die nächsten Massnahmen zur langfristigen Stabilisierung der Prämienentwicklung umsetzen. So werden auf Beginn des nächsten Jahres Tarifsysteme wie Tarmed eingeführt, um damit der Kostensteigerung entgegenzuwirken. Zudem werden wir unter anderem in Bereichen wie Medikamente, Vertragsspitäler und Gesundheitsvorsorge weitere Schritte vollziehen», so Regierungsrat Martin Meyer gegenüber dem Volksblatt.

Tiefere Prämie als in der Schweiz

Die durchschnittliche Prämiensteigerung von 0,3 Prozent trotz Kostensteigerungen ergibt sich aus den Prämienangaben aller liechtensteinischer Krankenkassen und

deren jeweiligen Mitgliederzahlen. Dies bedeutet letztlich, dass der überwiegende Teil der Versicherten in Liechtenstein auch im nächsten Jahr keine Prämiensteigerung haben wird, während nur ein geringer Teil eine Erhöhung zu verzeichnen hat.

Die durchschnittliche Monatsprämie der Grundversicherung für Erwachsene wird nächstes Jahr 204 Franken (ohne Unfall) betragen respektive 214 Franken (mit Unfall). Im Vergleich hierzu beträgt die Schweizer Durchschnittsprämie rund 306 Franken und die durchschnittliche Prämie im Kanton St. Gallen rund 253 Franken.

Der jährlichen Berechnung der Prämienentwicklung des Amtes für Volkswirtschaft liegen verschiedene Daten zugrunde. So die Jahresrechnung 2004, das provisorische Budget 2005, Prognosen für 2006 sowie weitere Faktoren. Diese Angaben der Kassen werden anschliessend seitens des Amtes einer Prüfung respektive Berechnung unterzogen.

Verstummt der Landessender ab 2006?

Lehnt der Landtag das Radio-Liechtenstein-Budget ab, droht dem Sender das Aus

VADUZ – In seiner November-Sitzung wird der Landtag unter anderem das Budget des Landessenders Radio Liechtenstein diskutieren. Sollte der Landtag dem Landessender die erforderlichen Mittel nicht zusprechen, könnte auf den Frequenzen von Radio Liechtenstein schon bald nur noch Rauschen zu hören sein.

• Peter Kündli

Der Rückhalt des Landessenders bei der Bevölkerung ist gross. Gemäss der kürzlich durchgeführten repräsentativen Meinungsumfrage stehen 77 Prozent der Einwohner Liechtensteins für den Fortbestand von Radio Liechtenstein. Eben dieser Fortbestand könnte jedoch schon bald in Frage gestellt werden.

Lehnt VU das Budget ab?

Das Budget von Radio Liechtenstein für das Jahr 2006 weist unter Anwendung des degressiven Lan-

desbeitrags ein Defizit von rund 200 000 Franken auf. Vor dem Hintergrund der bisherigen Äusserungen von Vertretern der VU-Fraktion in Zusammenhang mit dem Landessender ist tendenziell davon auszugehen, dass dieses Budget vom Landtag zurückgewiesen werden könnte.

Geschieht dies, so fehlt dem Landessender ab Januar 2006 die rechtliche respektive finanzielle Handlungsgrundlage für den Betrieb. Ab Januar wäre dann wohl Sendepause.

Erneute Kürzungen?

Denkbar wäre aber nicht nur, dass der Landtag mit den Stimmen der VU das Budget zurückweist, sondern dass dem Verwaltungsrat der Auftrag erteilt wird, ein verbessertes Budget auszuarbeiten.

Nach massivem Abbau von Angebot und Personal müsste der Landessender dann weitere Kürzungen vornehmen. Dabei stellt sich die Frage, ob der Landessender seinem umfassenden gesetz-

lichen Auftrag überhaupt noch nachkommen könnte.

Eine erneute Kürzung der Leistungen des Programms von Radio Liechtenstein entspräche zudem nicht den Anliegen der Bevölkerung. 46 Prozent der Menschen wollen gemäss repräsentativer Umfrage, dass der Sender sein Angebot in der heutigen Form erhalten kann. 32 Prozent wollen gar, dass das Angebot ausgebaut wird.

Nicht mehr beschlussfähig?

Verschärft wird die Situation dadurch, dass die VU an der November-Sitzung des Landtags womöglich erneut versuchen wird, die verbleibenden beiden vom Landtag gewählten Verwaltungsratsmitglieder von Radio Liechtenstein abzuwählen.

Wenn nach dem Rücktritt von Egon Gstöhl der Landtag zwei VR-Mitglieder entliesse, wäre der Verwaltungsrat von Radio Liechtenstein unter Umständen überhaupt nicht mehr beschlussfähig. Dies würde zur paradoxen Situation füh-

ren, dass der Landtag im November zugleich das Budget zurückweist und den VR entlässt, sodass der VR gar kein überarbeitetes Budget für 2006 ausarbeiten kann.

Radio Liechtenstein wäre dann – wohl aufgrund politischen Taktierens – handlungsunfähig und der Sendebetrieb somit in ernsthafter Gefahr – ein immenser Schaden für den Sender.

Verliert Radio Liechtenstein seine Stimme?